

spotlight europe

2012/01 — Januar 2012

Die neue EU. Folgen der polnischen EU-Präsidentschaft

Cornelius Ochmann

Bertelsmann Stiftung, cornelius.ochmann@bertelsmann-stiftung.de

„Können die das?“ ist die bange Frage, die sich jeder neue Mitgliedstaat gefallen lassen muss, der zum ersten Mal die EU-Präsidentschaft übernimmt. Zum Abschluss der polnischen Präsidentschaft kann man nun getrost konstatieren: Sie können es und sie wollen es. Das neue Polen ist wirtschaftlich stark, politisch stabil und proeuropäisch.

Herausforderungen der Präsidentschaft

Wie würde es einem Nicht-Euro-Land gelingen, die Europäische Union durch die schwierigste Krise seit ihrer Gründung zu führen? Das war die entscheidende Frage, die sich zu Beginn der polnischen Präsidentschaft stellte.

Heute lässt sich sagen: Die Polen haben aus der Not eine Tugend gemacht und die Rolle des Mittlers zwischen Euro-Zonen-Ländern und Nicht-Euro-Zonen-Ländern angenommen. Dass das so genannte Sixpack, einer der Abschlüsse zu einer weiter reichenden Wirtschafts- und Finanzkoordination, eine gemeinsame Ent-

schlussfrage wurde und keine Partikularabsprache der Euro-Staaten, ist sicherlich der stetigen Vermittlungsarbeit der Polen gutzuschreiben. Das hat auch die junge polnische Administration in einem guten Licht erscheinen lassen. Die bange Frage „Können die das?“ muss sich jedes der neuen Mitgliedsländer gefallen lassen, wenn sie erstmals die Präsidentschaft übernehmen. Die Polen konnten es und sie wollten es auch, weit über Politik und Bürokratie hinaus: Die Parlamentswahlen in der Mitte der Präsidentschaft haben die regierende Koalition bestätigt und Polen als innenpolitisch stabiles und EU-freundliches Land präsentiert.

Außenpolitisch ist Kroatien, Weißrussland und die Ukraine zu erwähnen. Der Beitritt Kroatiens ist zum glücklichen Ende geführt. Keine Fortschritte allerdings gab es in Sachen östli-

cher Partnerschaft, die den Polen traditionsgemäß am Herzen liegt. Die Situation in Weißrussland bleibt schwierig. Ausgang ungewiss. Gleiches gilt für die Ukraine. Das neue Abkommen ist ausgehandelt, wurde jedoch nicht paraphiert. Alles hängt von der weiteren politischen Entwicklung des Landes ab.

Positiv überraschend kam sicherlich der Beschluss der letzten Sitzung des EU-Rates eine europäische Stiftung zur Unterstützung der Demokratie European Endowment for Democracy zu gründen.

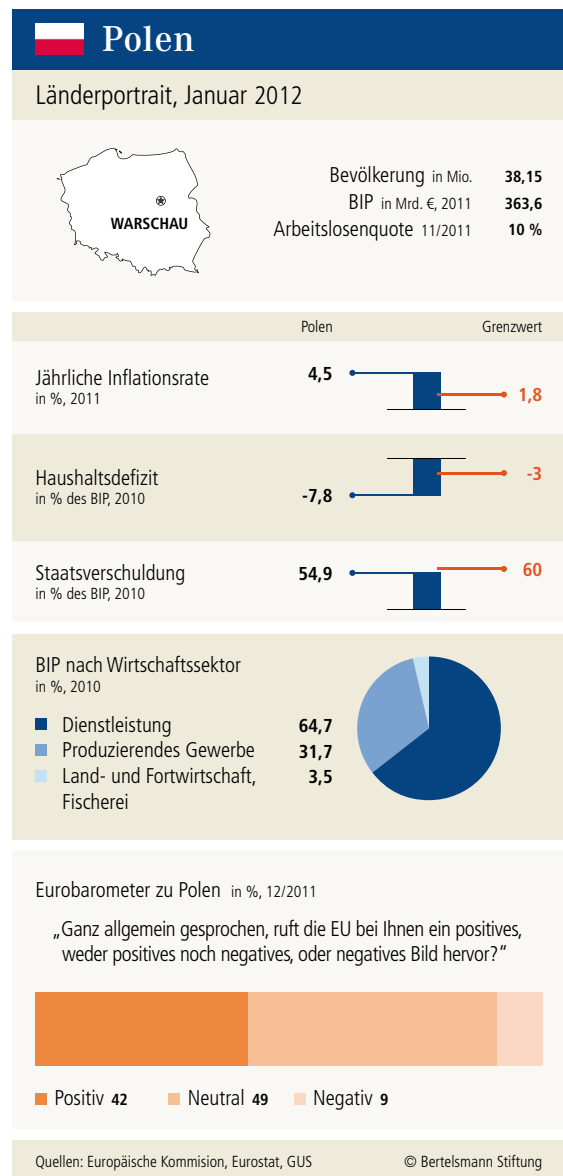
Die Kooperation der höchsten Vertreter von EU und Präsidentschaft funktionierte gut. Weder das Tandem von Rompoy/Tusk noch das Binom Ashton/Sikorski brachte die Gerüchteküche zum brodeln, was auf ein geringe Maß an Reibungsverlusten und/oder auf ein hohes Maß an Professionalität schließen lässt.

Kritisch anzumerken ist, dass die Ausweitung des Schengen-Raums auf Bulgarien und Rumänien nicht gelungen ist. Hier stieß die EU-Präsidentschaft klar an ihre Grenzen. Die neuen EU-Mitgliedern haben zwar gute Fortschritte bei der Sicherung der Außengrenzen der EU gemacht, das Misstrauen bei den im Innern gelegenen Staaten aber ist groß und wird häufig genug von rechtspopulistischen Bewegungen befeuert.

Folgen der Euro-Krise

Die polnische EU-Präsidentschaft hat das Zusammenwachsen der erweiterten Union beschleunigt. Die Aufteilung der EU in den alten Westen und den neuen Osten spiegelt nicht mehr die Realität der Union wider. Die Anzeichen dafür wurden schon 2008/9 während der Wirtschaftskrise sichtbar. Die neuen Mitglieder der EU, insbesondere die von der Finanzkrise 2008/9 stark betroffenen baltischen Staaten, haben die Krise trotz des zweistelligen Wirtschaftsrückganges überwunden und sind auf den Wachstumspfad zurück gekehrt.

Polen hat als einziges Land die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre mit positivem Wachstum überstanden. Diese Entwick-



lung hat jedoch im Lande selbst das Interesse am schnellen Euro-Beitritt erlahmen lassen, weil viele Experten die Vorteile des flexiblen Wechselkurses in der gegenwärtigen Krisenlage sehen. Bisher sind von den neuen EU-Mitgliedern neben Zypern und Malta, nur Slowenien, die Slowakei und Estland der Euro-Zone beigetreten. Alle anderen warten auf die Stabilisierung des Euro und die internen Reformen der EU. Polen hat bisher keinen Termin für den Euro-Beitritt genannt, allerdings haben die führenden Politiker des Landes keinen Zweifel aufkommen lassen, dass Polen die Einführung der gemeinsamen Währung anstrebt. Erst in den kommenden Monaten wird sich zeigen welche Rolle Polen in der neuen, von der Fiskalunion dominierten EU, spielen kann.

II

Die künftige Rolle Polens

Das Kapital, das Polen während der Präsidentschaft aufgebaut hat, muss in den Verhandlungen über den neuen intergouvernementalen Vertrag und den künftigen Haushalt der EU genutzt werden. Die Präsidentschaft von Dänemark (kein Euro-Land) wird auch zeigen, inwiefern das komplizierte Verhältnis zwischen den Euro-Ländern und der restlichen EU bei den weiteren Reformen gestaltet werden kann. Die Ergebnisse des letzten EU-Gipfels im Dezember 2011 zu Reform der EU müssen während der dänischen Präsidentschaft in einen rechtlichen Rahmen gesetzt werden. In diesem Kontext hat Polen eine große Chance, sich als politisch stabiles und wirtschaftlich prosperierendes Land zu präsentieren, dass eine verfassungsrechtliche Schuldenbremse von 55% des BIP schon vor einem Jahrzehnt eingeführt hat.

Ein wichtiger Grund für die polnischen Wähler die Regierung Tusk bei den Parlamentswahlen im Oktober 2011 erneut zu wählen, war ihre proeuropäische Haltung. Nach den wirren Jahren der Kaczynski-Herrschaft, sorgte Tusk für die Anerkennung Polens in Europa. In den Wahlumfragen ist der Wunsch vieler Polen zu erkennen, in einer Liga mit Deutschland und Frankreich mitspielen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen muss Polen, sobald die neue EU mit dem stabilen Euro etabliert ist, seinen Willen bekräftigen, der Euro-Zone beizutreten, um seiner Führungsrolle gerecht zu werden.

Das Weimarer Dreieck - der neue EU-Motor?

Nach dem selbstverschuldeten Abseits Großbritanniens in der neuen EU stellt sich die strategische Frage, ob das deutsch-französische Duo um Polen ergänzt wird und Polen eine neue Führungsmacht der Union werden kann. Für diese Option spricht die wirtschaftliche Kraft Polens, die politische Stabilität, die proeuropäische Haltung der Bevölkerung und die steigende Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirt-

schaft. Der polnische Präsident Komorowski unternahm schon Anfang 2011 den Versuch, das Weimarer Dreieck zu revitalisieren und lud Bundeskanzlerin Merkel mit dem Präsidenten Sarkozy nach Warschau zu einem Gipfel ein.

Das Weimarer Dreieck feierte im Jahre 2011 seinen zwanzigsten Geburtstag, konnte jedoch bisher keine entscheidende Rolle bei der Reform der EU nachweisen. Bei einer gemeinsamen Sitzung der deutschen und polnischen Regierung am 21.6.2011 wurden die Vertiefung der deutsch-polnischen Kooperation bei der Gestaltung der Europapolitik und die Einbeziehung des Weimarer Dreiecks beschlossen. Allerdings besteht ein Dreieck aus drei Seiten. Bisher ist das Interesse der französischen Seite noch verbesserungsbedürftig, obwohl in den letzten Jahren mehrere Initiativen im außenpolitischen Bereich erfolgt sind, wie z.B. die Initiativen der drei Außenminister mit ihren Partnern aus der Ukraine oder Russland. Das polnisch-französische Verhältnis ist während der polnischen Präsidentschaft abgekühlt, wegen der Vorschläge Sarkozys, den Euro nur mit den 17 Mitgliedstaaten zu retten, ohne Einbeziehung der übrigen EU-Staaten. Im Unterschied zu Deutschland hatte Frankreich nie großes Interesse gezeigt, Polen in die Führung der EU stärker ein zu binden. Hinzu kommt, dass die bisherige Erfahrung bei der Überwindung der Euro-Krise gezeigt hat, dass der deutsch-französische Motor stark genug ist, um tragfähige Kompromisslösungen zu erarbeiten. Sollte jedoch der interne Druck innerhalb der EU zunehmen, wird das Duo „Merkozy“ nach einer neuen europäischen Stütze suchen. Mit einer klaren Pariser Position ist jedoch vor den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2012 nicht zu rechnen.

Die Präsidentschaftswahl in Frankreich wird zur Schicksalsfrage der EU erhoben, weil sie sich mit der Etablierung des neuen Rettungsschirms EMS der EU überschneidet. Bisher hat das Duo „Merkozy“ die EU geführt, obwohl noch vor einem Jahr die persönlichen Gegensätze unüberbrückbar schienen. Ein deutsch-polnisch-französisches Trio könnte in der EU-28 eine strategische Steuerungsfunktion übernehmen und jene Politikfelder und Themen bestimmen die in der Tages- und Krisenpolitik auf der Agenda stehen.

Polen und die Finanz- und Wirtschaftskrise

Der steigende Einfluss Polens in Europa resultiert aus der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Stabilität. Der Krisenresistenz der polnischen Wirtschaft liegen mehrere Faktoren zugrunde, deren Relevanz unterschiedlich beurteilt wird. Zunächst fällt auf, dass der polnische Kapitalmarkt im Vergleich zu den anderen europäischen Märkten stabil blieb. Der Grund dafür war die konservative Kreditvergabepolitik der polnischen Banken.

Zweitens ist der polnische Binnenmarkt groß genug und der interne Nachholbedarf noch nicht gedeckt, so dass die Verluste im Export in der Krisenzeit 2008/9 durch die hohe Binnenfrage kompensiert werden konnten. Hinzu kommt der flexible Arbeitsmarkt, der es den Unternehmen ermöglichte auf die geänderte Lage pragmatisch zu reagieren.

Drittens hat sich die geld- und währungspolitische Strategie der Regierung bewährt. Die Finanztransfers aus Brüssel taten ein Übriges und halfen, die veraltete Infrastruktur zu erneuern. Die positive Entwicklung der letzten Jahre bedeutet jedoch nicht, dass diese Lage anhalten muss. Die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes im Mai 2011 hat kaum spürbare Arbeitsmigration ausgelöst und deutet darauf hin, dass der polnische Arbeitsmarkt an Flexibilität verliert. Hinzu kommt, dass die Regierung Tusk wichtige Reformen wie die Sanierung der Staatsfinanzen oder die Reform der Renten und Krankenversicherung für Bauern bisher nicht eingeleitet hat.

Schließlich steht Polen im nächsten Jahrzehnt vor den Herausforderungen des demografischen Wandels, der gravierende Veränderungen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt mit sich bringt. Nach den geburtenstarken achtziger Jahren streben die geburtenschwachen neunziger Jahrgänge ins Erwachsenenleben. Bei gleichzeitiger Arbeitsmigration steht Polen in den nächsten Jahren vor einem Fachkräftemangel.

Der Modernisierungsschub in Polen ist voll im Gange und muss genutzt werden. Symbolisch wird sicherlich die Europameisterschaft im Fußball im Sommer 2012 eine Prüfung sein, die gemeinsam mit der Ukraine in beiden Staaten ausgetragen wird. Die Stadien sind fast alle fertig, die Infrastruktur noch nicht. Es wird sich zeigen, ob das Organisationstalent der Polen und der Ukrainer die Unzulänglichkeiten des Infrastrukturmangels überdecken wird. Darüber hinaus hängt die Stärke der polnischen Wirtschaft davon ab, ob es gelingt diese in die Arbeitsteilung der globalen Wirtschaft einzu beziehen. In diesem Kontext muss auf den stetig steigenden Anteil des polnischen Warenaustausches am europäischen Binnenmarkt, hingewiesen werden. Hier spielt der deutsch-polnische Handel eine besonders wichtige Rolle. Seit dem EU-Beitritt entwickelte sich Polen zum wichtigsten Handelspartner Deutschlands im Osten und die Modernisierung der polnischen Wirtschaft steht im direkten Zusammenhang mit dem Aufschwung der deutschen Exportwirtschaft. Dies deutet darauf hin, dass die Profite der Europäisierung von den Wirtschaften beider Staaten eingefahren werden.

III

Schlussfolgerungen

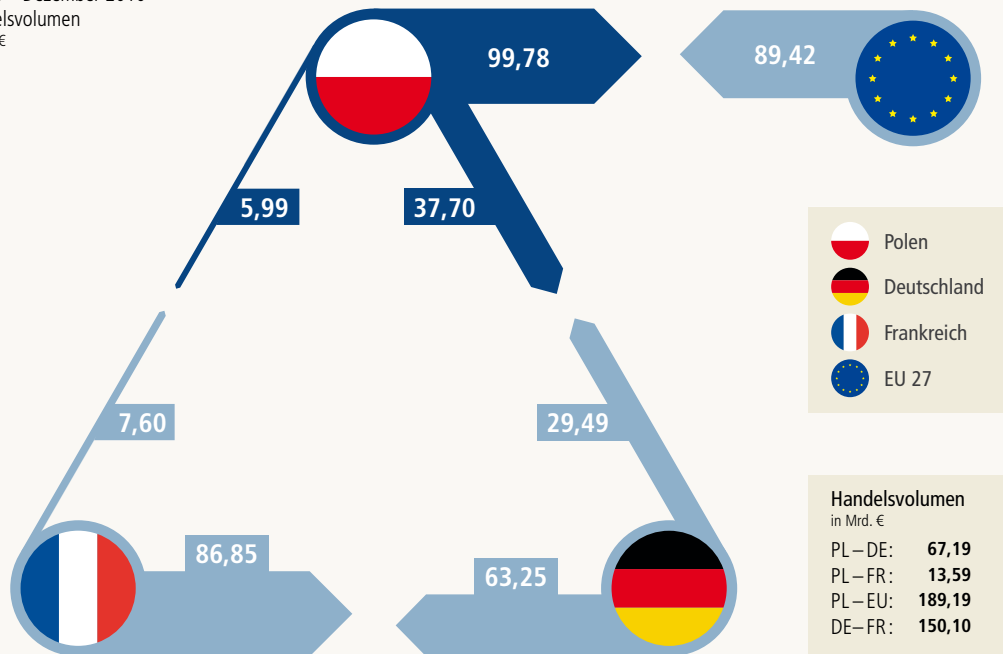
Die „Merkozy“ haben es im Laufe des vergangenen Jahres verstanden, dass sie ohne einander nicht auskommen. Diese Tatsache spiegelt das deutsche und französische Interesse an der EU wider, unabhängig von personellen Eigenschaften der Spitzenpolitiker. Dazu gehört auch eine Annäherung von zuvor tendenziell fundamentalistisch vorgetragenen Positionen. Konsolidieren UND Koordinieren ist das neue Credo, das auch unter vehementen Druck der Märkte entstand. Letztlich geht es darum, die Unzulänglichkeiten der WWU zu beseitigen. In der Konsequenz schreitet der Annäherungsprozess innerhalb der EU beständig voran.

Wo steht Polen in diesem Prozess? Einerseits geht es dem Land wirtschaftlich gut. Andererseits sind weitere Reformen nötig, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Heute, anläss-

Das neue Weimarer Dreieck?

Kennzahlen des Außenhandels zwischen Polen, der EU, Deutschland und Frankreich

Januar – Dezember 2010
Handelsvolumen
in Mrd. €



Quellen: Europäische Kommission, Eurostat, GUS

© Bertelsmann Stiftung

lich der bevorstehenden Entschuldung Griechenlands, erinnert sich kaum jemand, dass vor zwanzig Jahren eine Entschuldungsaktion von über zwanzig Mrd. US \$ den Grundstein für die polnische Wirtschaftsreform gelegt hat. Premierminister Tusk steht persönlich der Bundeskanzlerin näher als dem französischen Präsidenten. Im wirtschaftlichen Sinne steht die polnische Wirtschaft der Deutschen näher als der Französischen. Polen befindet sich seit zwanzig Jahren in einem permanenten Transformationsprozess. Politische und wirtschaftliche Solidarität ist in den letzten Jahren in deutsch-polnischen Beziehungen mehrfach erprobt worden. Frankreich hat in den vergangenen zehn Jahren nicht die Reformen unternommen, die Deutschland während der Schröder-Kanzlerschaft umgesetzt hatte: Reduzierung der Staatsausgaben, Reform des Krankenversicherungssystems, Hartz IV-Reformen. Erst vor vier Jahren begannen, mit der Präsidentschaft Sarkozys, die Reformen. Seine Wiederwahl ist keinesfalls sicher. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass die polnischen

Reformerfahrungen für die anderen EU-Mitgliedstaaten immer wichtiger werden und auch von Polen gelernt werden kann. Nach der erfolgreichen Präsidentschaft und dem Umbau der EU selbst steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Polen in der zukünftigen EU eine wichtigere Rolle übernimmt. Die Tatsache, dass Polen schon vor zehn Jahren eine Schuldenbremse in der Verfassung verankert hat spricht für sich. Deutschland und andere EU-Staaten werden dieses wichtige Element der Wirtschaftspolitik erst in den nächsten Jahren einführen. Ein symbolisches Ereignis für den Wandel Polens war die Rede (s. Link) des Außenminister Sikorski in Berlin am 28. November 2011. Bemerkenswert war die Aufforderung an Deutschland, Europa zu führen und die Feststellung, dass Polen keine Angst vor einem zu starken als vielmehr vor einem untätigen Deutschland hat. Umso bemerkenswerter wird sie, bedenkt man, dass sich Sikorski noch 2006 dazu hinreißen ließ, die deutsch-russische Kooperation bei dem Bau der Ostseepipeline mit dem Hitler-Stalin Pakt zu vergleichen. Das pol-

nische Beispiel zeigt, dass es bei der Reform der EU und des Euro in erster Linie nicht um Staatsschulden geht. Es geht hier hauptsächlich um Vertrauen und Solidarität in Europa und um eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder, bei der die solidarische Hilfe nötig, aber eigene Anstrengungen ausschlaggebend sind. Die Euro-Krise ist vor allem

eine Vertrauenskrise in die Institutionen des Euro-Raums. Die Entwicklung Polens in den letzten zwanzig Jahren ist ein hervorragendes Beispiel, wie Europa damit umgehen kann. Ohne EU und europäische Solidarität wäre Polen heute kein prosperierendes Land und ohne polnische EU-Präsidentschaft hätte das Wort „Solidarität“ eine andere Bedeutung. ■

Weiterführende Literatur:

Kaczyński, Piotr Maciej: Polish Council Presidency 2011: Ambitions and Limitations
<http://www.sieps.se/en/publikationer/polish-council-presidency-2011-ambitions-and-limitations-20113op>

Lada, Agnieszka: Drogocenny kapital o nazwie prezydencja, in: Gazeta Wyborcza 28.12.2011
http://wyborcza.pl/prezydencja2011/1,111800,10878900,Kapital_o_nazwie_prezydencja.html

Lang, Kai-Olaf; Schwarzer, Daniela: Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen, SWP-Aktuell 31/Juni 2011
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A31_Ing_swd_ks.pdf

Plociennik, Sebastian: Resistent und reaktionsschnell. Polen in der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Osteuropa 5–6/Mai–Juni 2011
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-CC04FAED-CFC79EE3/bst/hs.xsl/106005_106128.htm

Vetter, Reinhold: Zweite Chance für Tusk. Die Parlamentswahlen in Polen, in: Osteuropa 11/2011

Rede des polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski in Berlin 29.11.2011 (Auszüge)
http://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article13742469/Deutschland-muss-staerker-fuehren.html

Rede des polnischen Premierministers Donald Tusk im EP am 14.12.2011
<http://pl2011.eu/content/premier-donald-tusk-podsumowal-polska-prezydencje>
in Englisch: <http://pl2011.eu/en/content/14th-december-2011-strasbourg-european-parliament>

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2011/05
Europa und die Arabellion 2012
Christian-Peter Hanelt, Elisabeth Dietl

spotlight europe # 2011/04
European Economic Governance: Wo bleibt die soziale Dimension?
Thomas Fischer, Sarah Hoffmann

spotlight europe # 2011/03
Arabien zwischen Revolution und Repression
Christian Hanelt, Michael Bauer

Alle Ausgaben des „spotlight europe“ stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight